

**Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik:
Memorandum 2000,
PapyRossa Verlag Köln 2000,
272 S. (29,90 DM)**

Das Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist die wichtigste Antwort auf den jährlich erscheinenden Bericht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist immer sowohl Kritik des Gutachtens der »Fünf Weisen« als auch konstruktives Alternativkonzept. Der Untertitel der diesjährigen Publikation lautet: Den Aufschwung nutzen – Politik für Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau. Die Schwerpunkte zielen damit unmißverständlich auf die Defizite der Politik bis zum Regierungswechsel 1998 und auf die Erwartungen an die Politik von Rot/Grün. Wie im Vorjahr weist auch in diesem Jahr bereits die Anlage des Papiers auf seinen Charakter hin: Es ist konkret, präzise und aktuell.

Die Analyse beginnt mit der Feststellung, daß die Konjunkturaussichten für das laufende und das kommende Jahr vergleichsweise positiv sind und es der Bundesregierung daher leicht fällt, sich auf Erfolgskurs zu wähen. Vor dem Hintergrund stabiler Wachstumsaussichten verkauft sie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik als »Erfolg«, verschweigt dabei aber, wodurch das unverhoffte »Wachstumsglück« getrübt wird. Nämlich erstens durch den viel zu geringen Beschäftigungseffekt, welcher nicht ausreicht, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen, zweitens durch die geringe Wirkung der Konjunktur auf die Verbesserung der Lage der sozial Schwachen und drittens auf die Vernachlässigung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, denn die einseitige Abhängigkeit der ökonomischen Expansion vom Exportgeschehen macht den Aufschwung anfällig für Störungen von »außen« und insofern wenig stabil.

Was fehlt, so die Arbeitsgruppe, ist eine »vernünftige Wirtschaftspolitik«, die sich an den Zielen Beschäftigung und Wohlstand orientiert. Statt dessen praktiziert die rot/grüne Regierung mit ihrer restriktiven Haushalts-

politik den schrittweisen Ausstieg aus einer beschäftigungs- und sozialorientierten Finanzpolitik und die Hinwendung zu einer unternehmerfreundlichen Steuer- und Einkommenspolitik. Im folgenden werden dann einzelne finanz- und einkommenspolitische Maßnahmen genauer unter die Lupe genommen. Ebenso die Reformprojekte der Regierung auf den Gebieten Rente und Gesundheit. Ein längerer Abschnitt ist dem Stand der Integration Europas gewidmet sowie dem Weltmarkt und Welthandel. Von besonderem Interesse ist der Abschnitt Sechs: Ostdeutschland (S. 158ff). Im Gegensatz zur Regierung, welche die »Einheit« für vollzogen und den Integrationsprozeß im wesentlichen für abgeschlossen ansieht, wodurch sich eine spezifische Berichterstattung erübrigt, sehen die Memo-Ökonomen hier noch enormen Informations- und Handlungsbedarf.

Unter der Überschrift »Der Aufschwung findet nicht statt« zeichnen sie, zehn Jahre nach dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik, ein ziemlich düsteres Bild, was den erreichten Stand des Zusammenwachsens der beiden Gesellschaften anbetrifft. Als Ursache dafür sehen sie vor allem »fundamentale Fehler in der Transformationsstrategie« (S. 164), die schließlich zur Deindustrialisierung sowie zur wirtschaftlichen und soziokulturellen Abkopplung des Ostens von dem aus der Einheit gestärkt hervorgegangenen Westen geführt haben. Gestützt auf aktuelle Analysen wird gezeigt, daß es heute vor allem die nach 1990 entstandenen »Eigentums-, Branchen- und Betriebsgrößenstrukturen des Industriepotenzials« sind, welche den Produktivitätsrückstand und die Einkommenslücke gegenüber dem Westen verursachen. Dies läßt sich anhand der Größenverhältnisse der Unternehmen demonstrieren, aber auch an der Investitionsentwicklung.

So lagen die Investitionen je Erwerbsfähigen in Ostdeutschland seit 1990 nur vier Jahre, von 1993 bis 1996, über dem Bundesdurchschnitt, ansonsten – zum Teil erheblich – darunter, so daß insgesamt betrachtet »in Ostdeutschland im verarbeitenden Gewerbe lediglich auf dem gleichen niedrigen Niveau des früheren Bundesgebietes investiert« (S. 167) wurde. Eine Angleichung der Wirtschaftskraft kommt unter diesen Bedingungen

natürlich nicht zustande. Vielmehr bleiben die neuen Länder das, was sie bislang sind, eine unterentwickelte, deindustrialisierte und dauerhaft transferabhängige Region. In der Analyse des Sachverständigenrates wird immer wieder betont, daß, analog westdeutschen Verhältnissen, nun auch im Osten eine verstärkte regionale Differenzierung einsetze und sich die Annäherung an den Westen, die im ganzen nicht zu erkennen ist, sich über diesen Weg vollziehe. Dem halten die Memo-Ökonomen entgegen, daß »eine im Verlauf der Transformationsperiode nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung« auch nur »einer einzigen ostdeutschen Region, die bereits zum normalen westdeutschen wirtschaftlichen Niveau aufgeschlossen hat oder es in absehbarer Zeit erreichen wird, bisher nicht nachweisbar« sei (S. 174). Die Differenzierung findet also nach wie vor hauptsächlich zwischen Ost und West statt, und erst in zweiter Hinsicht innerhalb der beiden Landesteile.

Das Schlimmste aber ist, daß die rot/grüne Bundesregierung in bezug auf Ostdeutschland im wesentlichen an der neoliberalen Strategie der CDU/FDP-Regierung festhält, das heißt, sich auf die Wirksamkeit der Marktkräfte verläßt. Denn, so die Autoren, mit einem solchen Konzept wird es »in absehbarer Zeit weder zu einer aufholenden und sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung noch zu einem wirklichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland durch die Schaffung von Arbeitsplätzen kommen« (S. 180). Vielmehr werden dadurch die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte zwischen Ost und West und die »faktische Existenz von zwei Teilgesellschaften« weiter verfestigt (S. 181). In einem Alternativkonzept unterbreitet die Arbeitsgruppe dann eine Reihe von wirtschaftspolitischen Vorschlägen. Im Mittelpunkt stehen dabei ein »Zukunftsinnovationsprogramm«, der Ausbau des »öffentlichen Beschäftigungssektors«, der »ökologische Umbau« der Wirtschaft, eine »stärkere Regionalisierung« der Wirtschaftsentwicklung, die effektivere Ausgestaltung der Wirtschaftsförderung sowie die stärkere Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Diese Vorschläge zielen vor allem auf den Abbau der Arbeitslosigkeit und die industrielle Revitalisierung der neuen Länder. Sie harmonisieren durchaus mit dem wirtschafts-

politischen Gesamtkonzept der Arbeitsgruppe, wie insbesondere aus dem Abschnitt zur Beschäftigungspolitik (S. 189ff.) hervorgeht.

Obwohl die einzelnen Abschnitte Literaturhinweise und Quellenangaben der verwendeten Daten enthalten, wäre es wünschenswert, die Memo-Bände künftig nicht nur mit einem statistischen Anhang, sondern auch mit einem umfangreichen aktuellen Literaturverzeichnis zu versehen. In Anbetracht der Fülle der Literatur würde dies alternativ denkenden und agierenden Lesern den Zugriff auf entsprechende Materialien erheblich erleichtern, zumal diese in den Bibliotheken und Buchhandlungen deutlich unterrepräsentiert sind. Dies würde zur Schaffung eines Gegengewichts zu dem allmächtigen und überall präsenten Mainstream in der Ökonomie beitragen.

ULRICH BUSCH

Heiner Flassbeck, Anthony Giddens, Franziska Wiethold, Klaus Zwickel u. a.: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, hrsg. von der Otto Brenner-Stiftung, VSA-Verlag Hamburg 2000, 158 S. (22,80 DM)

Die Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung war einer der herausragenden politisch-sozialwissenschaftlichen Kongresse im Jahr 1999. Es ist sehr verdienstvoll, daß die wichtigsten Beiträge dieser Tagung nunmehr als Buch erschienen sind.

Im Mittelpunkt besagter Tagung stand bekanntlich die Auseinandersetzung um den »Dritten Weg« der Sozialdemokratie, wobei hervorzuheben ist, daß prominente Befürworter als auch Kritiker zu Wort kommen. Allen voran steht der Beitrag des »Erfinders« des »Dritten Weges« – Antony Giddens. Mit ihm setzen sich Birgit Mahnkopf und Franziska Wiethold auseinander. Giddens begründet die Politik des »Dritten Weges«, indem er ihre Interpretation als Philosophie der Straßenmitte zurückweist und herausstellt, daß sie der Versuch sei, »wie man die links von der Mitte vertretenen Wertorientierungen auf diese in fundamentaler Veränderung begriffene Welt

anwenden kann« (S.16). Es gehe um die Aktualisierung und Erneuerung der sozialdemokratischen Zielvorstellung über die Gestaltung von grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Politik des Dritten Weges beruhe – erstens – auf dem Versuch, die öffentlichen Institutionen zu erneuern und wieder herzustellen (vgl. S.18) und sei keine Version des Neoliberalismus, sondern zielen darauf, den öffentlichen Bereich zu rekonstruieren. Giddens spricht sich in diesem Zusammenhang für flache staatliche Hierarchien aus, wie sie bereits in vielen Unternehmen anzutreffen sind.

Zweitens, so Giddens, brauchen die westlichen Länder »eine Welle der Erneuerung der Demokratie« und eine positive Anpassung an die neue (Wissens)Ökonomie.

Drittens schließlich gehe es um die Reform des Wohlfahrtsstaates. Hier müsse ein neuer Gesellschaftsvertrag durchgesetzt werden, dessen Grundsatz lauten müsse: »Keine Rechte ohne Pflichten«. Damit bekräftigt Giddens seine These, daß Gleichheit heute als Chancengleichheit zu begreifen sei (vgl. S. 22).

Eine wesentliche Kritik an Giddens wird von Birgit Mahnkopf artikuliert. Für ihn seien die ökonomischen Sachzwänge globaler Märkte Ausgangs- und Fluchtpunkt aller Überlegungen. Dagegen müßte ein »alternatives Projekt zum Neoliberalismus erstens angeben können, wie jenseits des Wettbewerbs auf Märkten soziale Gerechtigkeit im territorialen wie im globalen Maßstab zu realisieren wäre; zweitens durch welche konkreten Maßnahmen eine ökologisch nachhaltige Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in Gang zu bringen ist; und drittens, wie eine sowohl demokratische als auch friedensgerechte globale Ordnung errichtet werden kann« (S. 28). Die angebliche Vermittlerrolle des Staates, die Giddens propagiere, sei in Wirklichkeit die eines Adapters. »Er soll die sozialen Interessen der Bürger an die ökonomischen Erfordernisse globaler Märkte anpassen.« Schließlich kritisiert Birgit Mahnkopf auch die Reduktion der Gleichheit auf Chancengleichheit bei Giddens.

Die Hauptstoßrichtung der Kritik von Franziska Wiethold (2. Vorsitzende der HBV) richtet sich gegen die »harmonischen Wider-

sprüche« bei Giddens. So blende er das Hauptproblem bei der »Hilfe zur Selbsthilfe – Förderung und Qualifizierung auch mit Auflagen für eine Reintegration in den Arbeitsmarkt« aus: Wie entstehen neue Arbeitsplätze, die die Geförderten und Geforderten annehmen sollen? Und sie schreibt zu Recht, daß die Utopie pluraler Lebensstile und einer flexiblen Erwerbsbiographie nur zu verwirklichen ist, wenn – auch gegen das Interesse der Arbeitgeber – Beschäftigte durch kollektive Absicherung von Rechtsansprüchen ihre Interessen durchsetzen können (vgl. S. 50).

Zum Verhältnis von Ökonomie und Non-profit-Bereich merkt Franziska Wiethold zudem an, daß eine deregulierte Ökonomie und ein Non-profit-Bereich sich sehr gut ergänzen können, wenn sie ihre jeweilige Sphäre akzeptieren. In der Realität laufe die Propagierung der Selbsthilfe auf eine Funktionalisierung des Non-profit-Bereiches als Ausfallbürge für die Folgen deregulierter Ökonomie hinaus.

In seiner Replik auf seine Kritikerinnen verweist Anthony Giddens vor allem darauf, daß man Globalisierung nicht von innen her für gefährlich halten dürfe. »Die KritikerInnen der Konzeption des ›Dritten Weges‹ haben Angst vor der Globalisierung« (S. 53). Und: Wenn die Linke nicht akzeptiert, daß die globale Ökonomie etwas Neues ist, würde sie einfach in ihren traditionellen Positionen stecken bleiben. »Es gibt keinen geradlinigen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Ungleichheit« (S. 58). Auf wichtige Argumente seiner Kritikerinnen geht Giddens jedoch nicht ein.

Diese hier exemplarisch nachgezeichnete Kontroverse um den »Dritten Weg« der Sozialdemokratie läßt sich im vorliegenden Buch auch zu speziellen Fragen finden. Bezüglich der Dichotomie von Modernisierung versus sozialer Gerechtigkeit stehen die Beiträge von Siegmund Mosdorf und Detlef Hensche gegeneinander, zum Problem Moderne Verteilungspolitik die von Leonhard Hajen und Heinrich Tiemann, zur Beschäftigungspolitik – allerdings weniger kontrovers – die von Heiner Flassbeck und Frieder Otto Wolf, zur Nachhaltigkeit die Beiträge von Eckard Hildebrand und Reinhard Loske sowie zur Zukunft der Arbeit die von Klaus Zwickel, Franz Münteferring und Kerstin Müller.

Der große Vorzug des Buches besteht in der Gegenüberstellung kontroverser Sichten auf grundlegende Fragen der Gesellschaftsstrategie quasi aus ›erster Hand‹.

HORST DIETZEL

**Daniel Küchenmeister u. a. (Hrsg.):
... abgegrenzte Weltoffenheit ...
Zur Außen- und
Deutschlandpolitik der DDR,
167 S. (19,80 DM) (I)**

**Jürgen Hofmann,
Detlef Nakath (Hrsg.): Konflikt –
Konfrontation – Kooperation.
Deutsch-deutsche Beziehungen in
vierzig Jahren Zweistaatlichkeit.
192 S. (22,80 DM) (II)**

**Beides: Brandenburger Verein
für politische Bildung »Rosa
Luxemburg« Potsdam im GNN
Verlag Schkeuditz 1998 und 1999**

Die Außen- und Deutschlandpolitik der DDR gilt angesichts ihrer doppelten Prämisse – der weitgehend bedingungslosen Unterordnung unter die Vorgaben der Moskauer Führung und der strikten Ausrichtung auf die Friedenssicherung für die DDR wie auch für Europa – als ein relativ unproblematisch zu erfassendes Feld der DDR-Gesellschaft. Zweifellos lassen hier die bislang veröffentlichten Dokumente und Zusammenhänge die DDR oftmals in einer doch entsprechend ihren sehr begrenzten Möglichkeiten konstruktiven Rolle erscheinen, die auch im Nachhinein das Selbstverständnis der DDR als Friedensstaat untermauern. Denn abgesehen von der Bereitschaft beziehungsweise den Aktivitäten zu einer auch gewaltsamen Unterdrückung der als systembedrohend eingestuften Reformbewegungen in den realsozialistischen Nachbarländern ČSSR und Polen betrieb die DDR eine tatsächlich auf Frieden und gute Nachbarschaft ausgerichtete Politik. Die DDR erwies sich gleichzeitig als treuer Vasall, der alle Höhen und Tiefen der sowjetisch dominierten Politik in der Systemauseinandersetzung mitgemacht hat. Immer

wieder gab es aber Versuche, vorsichtig den durchaus unterschiedlichen Handlungsspielraum im Interesse der DDR, ihrer ökonomischen Bedürftigkeit, ihrer internationalen Reputation, aber nicht zuletzt auch des friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens mit den westlichen Ländern und vor allem der Bundesrepublik auszugestalten.

Peter Bender erinnert daran, daß trotzdem bislang die neuere Geschichte der DDR eine Terra incognita ist, daß von Ost wie West gemeinsam zu erkunden sei. Beide Seiten hätten bis 1989 eher die eigene Nachkriegsgeschichte geschrieben. Zu ergänzen ist, daß dies auch nach der Wende durch die einseitige Sicht der westdeutsch dominierten, auf die Rekonstruktion eines Kalten-Kriegs-Szenarios ausgerichtete offiziöse Geschichtsschreibung nicht besser, sondern schlechter geworden ist. Denn nun gibt es für manche, leider oft die Zunft und den politischen Umgang mit dem Erbe des anderen Deutschland bestimmenden Wissenschaftler und Politiker keinen Grund mehr zu einer ausgewogenen Aufarbeitung. Vielmehr repräsentieren sie den Sieger-Typ dieses eigentlich vergangenen Kalten Krieges. Bender betont dagegen: »Dieses Ungleichgewicht hängt einmal mit mangelnder Kenntnis zusammen, die meisten wußten wenig von der DDR und manche wollten auch nicht viel von ihr wissen; erst die Öffnung der Akten seit 1990 weckte ein überbordendes Interesse, es war eine Sternstunde für Historiker: wann bricht schon mal ein ganzer Staat zusammen und alle Staatsgeheimnisse liegen offen!« (I/S. 9) Und er weist auf die Konsequenzen der damaligen wie heutigen Geschichtsbetrachtung hin, die letztlich das aktuelle Verhalten von »Ossis« und »Wessis« bestimmt. Er mahnt deshalb: »Zorn und Eifer (werden) auch in Zukunft stören. Es kann nicht anders sein. Zu groß war im Westen das Überlegenheitsgefühl, das der Zusammenbruch des Ostens bestätigte; zu tief im Osten die Demütigung, die der Triumph des Westens auch denen zufügte, die mit der SED nichts im Sinn gehabt hatten. Solange die Generationen leben, die am Ost-West-Streit teilnahmen, werden Rechthaberei und Rechtfertigungsdrang nicht aus der Geschichtsbetrachtung herauszuhalten sein – aber man kann sie in Grenzen halten.« (I/S. 11)

Das ist zugegebenermaßen nicht einfach. Da ist die erstaunlich fortgesetzte Schiefelage bei der archivalischen Geschichtsaufarbeitung, die sich im außenpolitischen Bereich vor allem durch den fortgesetzten, fast lückenlosen Verschluß der bundesdeutschen Archivalien, aber auch durch den weitgehenden Verschluß der Akten des DDR-Außenministeriums ergibt. Dazu gehört nicht zuletzt die schlichte Tatsache, daß von dem ganzen außenpolitischen Apparat der DDR nur 4 (!) junge Diplomaten einen Platz in einem (gesamt-?) deutschen Corps diplomatique gefunden haben.

Verständlich ist in diesem Kontext, daß sich besonders ostdeutsche Wissenschaftler und Institutionen darum bemühen, hinter die Interessenlagen und Mechanismen der DDR-Außenpolitik, ihren Leistungen und Grenzen Licht zu bringen. Für sie geht es um ein Stück gelebtes Leben, ihren Anteil an einer Politik eines völkerrechtlich anerkannten, meist respektierten und oft umworbene souveränen und potenten Staates. Sie erlebten diese Politik bei allen ideologischen Beschränkungen als die eines Staates, der mit seinen Idealen der Friedfertigkeit, der Solidarität, des Internationalismus meist ernst machte. Abweichungen und problematische politische Entscheidungen wurden verdrängt und ignoriert.

Die hier zu besprechenden Bücher sind aus zwei Konferenzen des Brandenburger Vereins für politische Bildung »Rosa Luxemburg« 1997 und 1998 mit gesamtdeutscher Beteiligung hervorgegangen. Während die Konferenz von 1997 (II) vorrangig zu Einzelfragen Ergebnisse vorlegte (Nakath: Grundlagenvertrag; Siegfried Prokop: 13. August 1961; Michael Herms: Westarbeit der FDJ; Hofmann: SED und nationale Frage; Jörg Roesler: Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD; Claus Krömke: Deutsch-deutsche Wirtschaftskooperation; Peter Brandt: Linke Deutschlandpolitische Optionen 1972-89; Clemens Burrichter: Wissenschaftsbeziehungen; Herbert Häber: SED-KPdSU; Stephan: DDR-BRD 1987-89; Herbert Mayer: Kontakte SED-SPD in den 80er Jahren; Stefan Bollinger: DDR-BRD 1989-90), suchte die Konferenz von 1998 (I) den Bogen zu einer grundsätzlicheren Betrachtung der DDR-Außenpolitik zu spannen.

Hervorzuheben sind hier die beiden Beiträge von Nakath und Stephan zu Grund-

zügen und Entwicklungsetappen der DDR-Außenpolitik beziehungsweise zur SED-Deutschlandpolitik. Die Abgrenzung dieser Aufsätze macht allerdings schon das meines Erachtens zwar gegenwärtig vorherrschende, aber doch nur bedingt produktive Auseinanderdividieren beider Felder deutlich. Natürlich – das zeigen die Autoren auch schlüssig – formulierten jeweils unterschiedliche Apparate und Mechanismen die politischen Aktivitäten auf beiden Feldern und setzten sie um. Letztendlich wurden sie aber durch die jeweiligen 1. Sekretäre beziehungsweise Generalsekretäre Ulbricht und Honecker als Chefsache geführt, wobei das breitere Feld der Außenpolitik auch stärker von anderen Spitzenpolitikern mitbearbeitet wurde. Diese beiden außenpolitischen Felder blieben aber immer in doppelter Hinsicht – und insofern durchaus von den Außenpolitikern anderer Staaten nur in der Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung unterschieden – eingebunden in die Erfordernisse und Möglichkeiten der inneren Verhältnisse und in die welt- und bündnispolitischen Erfordernisse. Letztere reduzierten sich im Kern immer auf die Beziehung DDR-UdSSR, auch wenn sie praktisch vielfältiger waren. Allerdings definierte Moskau seine Interessen gegenüber Deutschland in einem Dreieck Moskau-Berlin-Bonn, wobei zum Unverständnis der SED-Führung die DDR als Bündnis- und Ideologiepartner in für die Sowjetunion kritischen Situationen schlecht wegkam. Häber als einst für die Beziehungen zur BRD verantwortlicher ZK-Abteilungsleiter und später zeitweise Politbüromitglied (durch Intrigen auch aus Moskau gestürzt) konstatiert verbittert: »Moskau hat der DDR gegenüber mit gezinkten Karten gespielt. Es ist eine meiner Erfahrungen. In all diesen Jahren war die Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR eine Politik mit ›doppeltem Boden‹ ... Daß die Bonner Regierung das so gemacht hat, ist verständlich, war sie doch nicht unser Verbündeter; aber daß die sowjetische Führung die DDR auf eine ziemlich grobe Weise desavouierte, paßt nicht ins Bild vom treuen Verbündeten.« (I/S. 159)

Ja, das Bild, die theoretischen Grundlagen der DDR-Außenpolitik. Sie sollte, wie alle Politik realsozialistischer Staaten eine wissenschaftliche sein. Daß dem so nicht war, belegt

etwa Werner Hänisch in seinem Beitrag. Letztlich dominierten Interessenlagen und nicht Illusionen von den hehren Glaubenssätzen eines sozialistischen Internationalismus. Die wurden übrigens nicht erst 1989/90 aufgegeben und keineswegs nur von Moskau. Spätestens wenn es um das wirtschaftliche Überleben ging, setzte auch die DDR auf ihre wohlverstandenen Interessen und riskierte dabei gelegentlich auch Moskauer Verstimmungen. Das belegt wiederum Jürgen Nitz mit seinen Reminiszenzen an die Geheimverhandlungen DDR-BRD besonders in den achtziger Jahren. Auch wenn dieser heute sehr mitteilsame Unterhändler möglicherweise durch seine vielen Auftritte ein etwas schiefes Bild von machbaren DDR-Außenpolitik-Konzepten vermittelt, die nicht grundlos sowohl von Moskau, sondern auch von Mitgliedern der SED-Führung beargwöhnt und bei Entscheidungsreife kaum mitgetragen worden wären.

Anschaulich schildern Siegfried Bock, Bernhard Neugebauer, Hans Voß und Hans Schindler einzelne Aspekte der DDR-Außenpolitik, ihre Intentionen, Mechanismen und Aufwendungen. Trotz der Dichte dieser Informationen bleiben offene Fragen. Warum gelang es der DDR nicht beziehungsweise warum wollte sie nicht den augenscheinlich in den sechziger und wiederum in den achtziger Jahren möglichen größeren außenpolitischen Spielraum umfassender nutzen? Welche unterschiedlichen Interessengruppen (und damit Einflußmöglichkeiten Moskaus) hinderten sowohl Ulbricht, der gestürzt wurde, als auch den späten Honecker daran, ihre neuen Ansätze einer Neugestaltung der Beziehungen zu Bonn durchzusetzen? Warum kamen beide Generalsekretäre in ihrer späten Amtszeit zu recht ähnlichen Sonderwegen für Beziehungen zu Bonn?

Ein Defizit bleibt zudem kritisch anzumerken: die fehlende Aufarbeitung der Außenpolitik der DDR in ihrem letzten Jahr. Hier gibt es zwar einige kursorische Anmerkungen, eine geschlossene Würdigung der neuen Ideen und neuen Möglichkeiten sowie ihrer Zerschlagung durch die bald greifende bundesdeutsche Dominanz wären sinnvoll. Vielleicht ein Themenvorschlag für eine DDR-Außenpolitik-Konferenz im Jahr 2000?

STEFAN BOLLINGER

Günter Albrecht, Axel Grone-
meyer, Friedrich Stallberg (Hrsg.):
Handbuch Soziale Probleme,
Westdeutscher Verlag Opladen/
Wiesbaden 1999,
1035 S. (98 DM)

»Was sind soziale Probleme?« Auf diese Frage wird den meisten Leserinnen einiges an Beispielen einfallen, angefangen etwa von A wie Arbeitslosigkeit bis Z wie Zerstörung der Umwelt.

Diese scheinbare Klarheit zeichnet auch die Verlags-Werbetexter des zu besprechenden voluminösen »Handbuchs« aus, die einen sehr umfangreich geratenen soziologischen Werkstattbericht Juristen, Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeitern und gar Politikern als »systematische Zusammenfassung des Wissens über soziale Probleme« anpreisen und die mit großer Wahrscheinlichkeit resultierenden Frustrationen der genannten Adressaten in Kauf nehmen.

Für die sich dem Selbstverständnis der Herausgeber nach konstituierende »Soziologie sozialer Probleme« ist die Definition des Begriffs jedoch ebensowenig geklärt wie überhaupt nur ansatzweise theoretische Übereinstimmung über diese US-amerikanisch inspirierte Disziplin besteht. Der Rezipierbarkeit des Bandes kommen diese Unsicherheiten nicht eben zugute.

Es fällt zunächst die sehr eingeschränkte Vermittlung zwischen den theoretischen und den empirischen Teilen des Bandes auf. Eine Reihe der »ausgewählten sozialen Probleme«, die drei Viertel des Umfangs ausmachen, sind von den konkurrierenden theoretischen Überlegungen zur »Soziologie sozialer Probleme« kaum erkennbar angeleitet.

Die mangelnde Konsistenz des Buches mag mit seiner Entstehungsgeschichte zusammenhängen, die mit dem Bielefelder Soziologentag von 1976 begann. Seinerzeit bildete sich innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie die Sektion »Soziale Probleme und soziale Kontrolle«, die jedoch intern nicht zur Klärung der Eingangsfrage gelangte. Das nichts weniger als handliche »Handbuch«, das dem Genre auch in anderer Hinsicht kaum entspricht, sollte dazu beitragen, den For-

schungsstand zusammenzufassen und weitere Untersuchungen grundzulegen.

Zumindest ein Motiv dabei dürfte auch die Rekonstituierung der Soziologie als Quellen- und Bezugswissenschaft für die soziale Arbeit gewesen sein. So wird der gesellschaftlichen Verarbeitung – der Kontrolle – »sozialer Probleme«, also »der Sozialarbeit« ein eigenes Kapitel ebenso gewidmet wie der Auseinandersetzung mit den Spezifika von Helferberufen oder der Geschichte und Gegenwart sozialer Dienstleistungsberufe.

Die Zieldisparität und die für ein »Handbuch« sehr unüblichen qualitativen und vor allem auch quantitativen Unterschiede der Beiträge, die zwischen einigen wenigen und über hundert Seiten umfassen, dürfte weiterhin dem langjährigen Editionsprozeß geschuldet sein, der sich nicht zuletzt darin spiegelt, daß bei einem im Vorjahr erschienenen soziologischen Fachbuch die deutsche Vereinigung – die ja wohl nicht wenige »soziale Probleme« generierte – eher am Rande, etwa unter dem Stichwort »Gewalt und Sport: Rechte Rowdies in rechter Gesellschaft« (S. 434-461) vorkommt. Wissenschaftler, die in den neuen Ländern arbeiten (einmal Dresden, einmal Halle a. d. S.), bilden denn auch unter den AutorInnen eine verschwindende Minderheit und sind dazu mindestens teilweise noch »Westimporte«.

Des weiteren scheint manche Auswahlentscheidung der Herausgeber zufällig erfolgt zu sein. Aufgenommen sind neben einer Reihe unstrittig problematischer Phänomene auch »Freizeit«, »Verkehr«, auch »Jugend«, dagegen beispielsweise nicht Soziale Ungleichheit. Ob »Pornographie« als gleichwertiges »Soziales Problem« angesehen werden kann wie etwa die ebenfalls behandelte »Politische Gewalt: Rebellion, Revolution, Krieg« fragten sich angesichts der fortschreitenden Pornographisierung etwa des Fernsehens nicht nur der Rezensent, sondern augenscheinlich auch die Verfasser des Beitrages (M. Schetsche, R. Lautmann) selbst, die zum Abschluß unter der Überschrift »Die Zukunft der Pornographie« zu dem folgenden, wenig problemverheißenden Schluß kommen: »Wild und scharf müssen die Stoffe sein. Aber sie sind oft und erkennbar lieblos gemacht. Ein wenig mehr Gefühl täte dem Pornographischen gut.« (S.

588) Wie in einigen anderen Fällen auch, wäre es editorische Aufgabe gewesen, einen solchen Beitrag beziehungsweise das gesamte Stichwort zu streichen. Dann wäre Platz für Artikel gewesen, die unvergleichlich relevantere soziale Probleme repräsentieren. Wenn »Armut« selbstverständlich als soziales Problem angesehen und jemand, der seinen Lebensunterhalt – aus welchen Gründen auch immer – nicht durch Arbeit verdient, zum sozialen Problem wird, jemand aber, der ebenfalls nicht arbeitet, sondern vom Ertrag seines Aktienportefeuilles lebt, nicht? Letztere Zeitgenossen kommen der Soziologie sozialer Probleme erst gar nicht in den Betrachtungshorizont; es handelt sich um dezidiert bürgerliche Sozialwissenschaft.

Auch in den theoretischen Teilen findet sich Anlaß zur Kritik am »Handbuch«. Eine sehr spezielle mathematische Abhandlung über quantitative Methoden der Sozialforschung dürfte nur für einen sehr eingeschränkten Leserkreis von Interesse sein (H.-J. Heiland: Die Analyse von Zeitreihen, S. 883 – 906).

Es lassen sich jedoch auch Nutzwerte des Buches ausmachen, die sich aus einzelnen Beiträgen zu sozialen Problemen oder auch einzelnen theoretischen Texten erschließen. So wird AIDS, allgemein lediglich als gesundheits- oder sexualpolitisches Thema wahrgenommen, überzeugend als soziales Problem vorgestellt (S. 139 – 173). Die Autoren W. Dür und J. Pelikan stellen zunächst knapp den medizinischen Befund zu HIV-Übertragungen vor, um sodann auf die gesellschaftliche Verarbeitung von AIDS ebenso einzugehen wie auf sozialwissenschaftliche Desiderate bei der Verarbeitung der Immunschwächekrankheit.

Ebenso grundlegend sind die Beiträge zur Mehrheit der Stichworte, zu den vorstehend angesprochenen »Standardproblemen« ebenso wie zu den seltener herangezogenen Problemen wie Ethnische Minderheiten, Frauendiskriminierung, Gewalt und Sport, Prostitution, Behinderung (psychisch, körperlich – aber nicht geistig!) u.v.a.m. In sehr vielen dieser Beiträge erschließt sich die soziale Problematik durch historische Aspekte, politische Bearbeitung und soziale Intervention (smöglichkeiten).

Wer an den Konstitutionsprozessen der »Soziologie sozialer Probleme« interessiert ist,

wird in dem einleitenden Aufsatz von Axel Gronemeyer fündig. Lesenswert auch die Abhandlung von Günter Albrecht, der in einem über hundert Seiten umfassenden Essay »Methodische Probleme der Erforschung sozialer Probleme« darstellt.

Insgesamt aber bleibt der Rezensent nach der Lektüre des »Handbuchs« ziemlich ratlos zurück, gewisser nur in einer Hinsicht geworden, nämlich Verlagswerbetexten noch gründlicher als bisher zu mißtrauen.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

**Julijana Ranc:
Trotzki und die Literaten.
Literaturkritik eines Außenseiters,
M und P. Verlag für Wissenschaft
und Forschung Stuttgart 1997,
215 S.**

Hans Mayer porträtierte Trotzki als eine »Zwischenexistenz zwischen Revolution und Literatur«, er sei damit in Politik wie Literatur ein Außenseiter¹ Trotzkis lebenslange Versuche, Literatur- und Gesellschaftskritik miteinander zu verknüpfen, zeichnet die deutsch-serbische Autorin Julijana Ranc in einer überaus lesenswerten Studie nach.

Sie sieht Trotzki einerseits in der aufklärenden Tradition der russischen Sozialkritik des 19. Jahrhunderts, andererseits als Fortentwickler undogmatisch-marxistischer Denker wie Antonio Labriola, dessen kulturkritische Essays von Franz Mehring übersetzt wurden und Trotzki stark beeinflussten. Labriola hatte vor einer simplizistischen Basis-Überbau-Beziehung gewarnt: »Die zugrundeliegende ökonomische Struktur, die alles Übrige determiniert, ist kein einfacher Automat ... Von diesem Unterbau bis zu allem Übrigen vollzieht sich der Prozeß der Ableitung und Meditation auf sehr komplizierten Wegen, oft subtil und verschlungen und nicht immer zu entschlüsseln« (S. 50).

Auch Trotzki hatte nichts mit jener vereinfachten Deutung gemein, die den künstlerischen Schaffensprozeß als mehr oder minder bloße Wiedergabe gesellschaftlicher Zustände begriff. »Die schöpferische Psyche ist kein passiver Spiegel, der alle sich vor ihm entfaltenden Erscheinungen wiedergibt. Sie

verwandelt sie in künstlerische Bilder, doch das braucht Zeit, je komplexer sich die sozialen Verhältnisse und die Weltanschauung verändert haben. Doch das Entscheidende ist, daß das Leben trotz alledem der schöpferischen Psyche erlaubt, das neue Material zu verdauen und diesem Material die entsprechenden Formen zu geben« (S. 44).

Die Autorin unterscheidet drei Phasen in Trotzkis Leben, in denen er sich mehr oder weniger systematisch nicht nur der politischen Publizistik, sondern auch der Literaturkritik widmen konnte: die Zeit seiner ersten Verbannung nach Sibirien (1900-1902), die Wiener Periode (1907-1914) sowie der sowjetische Alltag nach dem Bürgerkrieg und vor seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben (1921-1925). Trotzki selbst hob hervor, daß er immer, sogar während des Bürgerkrieges, die Zeit fand, zumindest die aktuellen Tendenzen der literarischen Produktion zu verfolgen.

Trotzkis literarische Interessen waren weit gespannt. Er war offen für die verschiedenen Strömungen und Schulen, für unterschiedlichste Erzählweisen und Gattungen. Während seines Wiener Aufenthaltes verfolgte er intensiv nicht nur die literarische und künstlerische Moderne, sondern auch die Psychoanalyse in ihren sich entwickelnden Schulen. Seine psychologische Beobachtungsgabe verband sich mit einem entwickelten Sinn für Satire. So, schrieb er 1910, »beeilte sich der deutsche Student, sich zu der von Bier und Einbildung aufgeschwemmten Figur herauszubilden, die neben dem preußischen Leutnant nicht von den Seiten satirischer Blätter verschwindet. In Österreich wurde der Student zum Träger der nationalen Exklusivität und des Chauvinismus in dem Maße, in dem sich der Kampf der verschiedenen Nationen dieses Landes und der Einfluß auf die Staatsgewalt verschärfte. Und zweifellos hat die Studentenschaft in allen ihren historischen Metamorphosen, selbst in den abstoßendsten, sowohl politisches Fingerspitzengefühl wie die Fähigkeit zur Selbstaufopferung und zum kämpferischen Idealismus bewiesen ...« (S. 104).

Obleich Trotzki in seiner Erscheinung dem Typ des bohemehaften Intellektuellen entsprach, weist Ranc darauf hin, daß er niemals diese Art des in Wien so häufigen Zeitgenossen verkörperte. »Bei aller Sympathie für den

antibürgerlichen Widerspruchsgeist der Bohemiens geht es ihm auch hier darum, zwischen enthusiastischen Glaubensbekenntnissen, romanisierender Parteinahme für die ›Erniedrigten und Beleidigten‹, antibürgerlich-revolutionärer Attitüde und politischem Revolutionarismus zu unterscheiden« (S. 139f.). Dies kam besonders in Trotzki's Essay über den »Simplicissimus«, die berühmte Münchener satirische Zeitschrift, zum Ausdruck, der, so Ranc, die »Verflechtung von Satire und Markt« untersuchte (S. 145). Als sich der ›Simplicissimus‹ gegen die kleinbürgerliche Moral empörte, appellierte er an den kleinbürgerlichen Markt« so schrieb Trotzki. »Er hatte Erfolg – gewaltigen Erfolg – und er fiel ihm zum Opfer. Die Revolutionstechnik wurde unvergleichlich vollkommener, aber die Spitze der Satire wurde stumpf. Der unbestimmte soziale Idealismus wurde durch Blasiertheit aufgelöst ... Die Reklame nimmt fast die Hälfte jeder Ausgabe ein. Man findet sie nicht nur im Anzeigenteil; sie ist auch in den Textspalten eingestreut und streckt ihre Fühler auch in die Illustrationen aus. Die Reklame kauft die Künstler und wird selbst künstlerisch. Gulbransson teilt seinen Zeichenstift zwischen sozialer Satire und Inseraten von Handelsfirmen ... Heine stilisiert das Auto ›Züst‹ und setzt darauf den Mopskopf. Armer Mops des Radikalismus und der unversöhnlichen Satire! – Er wurde zum Söldner der kapitalistischen Reklame« (S. 145f).²

Dennoch gehörten die Autoren und Zeichner des »Simplicissimus« für Trotzki zu jenen, denen »allein schon das ästhetische Gefühl ... nicht erlaubt, sich zu Sängern einer satten, kreditfähigen und säbelrasselnden Moral zu verwandeln« (S. 149). Das ästhetische Gefühl vor allem der Bohemiens war für Trotzki gleichbedeutend mit einem künstlerischen Widerspruchsgeist. Auf diesen Geist haben aber, so die Autorin, nicht nur politisch-soziale, sondern auch technisch-industrielle Veränderungen Einfluß. In der kapitalistischen Großstadt sah Trotzki »neue Herde entstehen: das Nachtcafé, die Redaktion, das Variété. Es formiert sich eine neue Psyche« (S. 149).

Ausdruck dieser neuen Psyche sei die Lyrik Frank Wedekinds, jener »ruheloze Ästhetizismus«, der dem Leser »einen kleinen Winkel der Zukunft« eröffnet, aber »ihn hilflos am

Parktor zurück(läßt). Die Vorliebe für plastische Formen genügt nicht, um die Welt umzukrempeln.«³ Mit Bezug auf Wedekind begründet dies Trotzki einmal mehr: »Die Satire hat noch nie soziale Einrichtungen zerstört. Die bürgerliche Gesellschaft kann sich diesen Luxus erlauben – und sogar den Leugner durch Erfolg belohnen. Das Drama der Annäherung der Verleugneten an die Leugner wird durch eine ganze Reihe von Mittlern erleichtert – den Verleger, den Regisseur, den Schauspieler und den Kritiker, durch den Kritiker besonders« (S. 150).

Welchen Luxus kann sich das proletarische Regime erlauben? Diese Frage stand ab 1917 vor den ehemaligen Oppositionellen. Für sie erwies sich, so Ranc, »die Grenzziehung zwischen dem Bestreben, die Revolution zu sichern, propagandistisch zu stützen und dennoch eine Einmischung in künstlerische Angelegenheiten zu vermeiden, ... nicht selten als eine Gratwanderung.« Trotzki warnte dabei »vor einer Zensurpraxis, die einer Kunst der Schönfärberei Vorschub leisten könne« (S. 159).

Die Frage wurde akut, als sich der sogenannte Proletkult herausbildete; eine literarische Stilrichtung, die im Dienste der Revolution stehen wollte, dabei aber die modernen künstlerischen Formen als reaktionär brandmarkte und ihre Vertreter, darunter solch unstreitige Anhänger der Sowjetmacht wie Tretjakow, Meyerhold und Majakowski, angriff. Trotzki wies wiederholt auf den aufklärerischen Anspruch der sowjetischen Kulturpolitik. Er wandte sich gegen administrative Gängeleien der Künstler durch die Parteibürokraten, wollte aber auch all denen keine Sonderstellung einräumen, die sich für die Revolution erklärten und dies allein schon für den Ausdruck künstlerischer Qualität hielten. Gegen den Proletkult gewandt, erklärte Trotzki, die Rede von einer proletarischen Kunst und Kultur sei bloße Fiktion. Besonders in einem von Krieg und Bürgerkrieg gezeichneten Land wie Rußland würden hierfür die elementarsten Grundlagen fehlen. Im Gegensatz zur Bourgeoisie, die ihre Kultur über Jahrhunderte hinweg entwickeln konnte, verfüge das Proletariat über keine eigenen kulturellen Ressourcen. Es müsse sich also zunächst die bürgerliche Kultur aneignen. »Hauptaufgabe der proletari-

schen Intelligenz in den nächsten Jahren«, schrieb Trotzki, ist »nicht eine Abstraktion der neuen Kultur – solange für sie noch nicht einmal das Fundament gelegt ist –, sondern eine äußerst konkrete kulturelle Betätigung, das heißt die systematische Weitergabe der notwendigen Elemente der Kultur, die schon da ist, an die zurückgebliebenen Massen. Man darf die Kultur einer Klasse nicht hinter ihrem Rücken entwickeln.« Das Postulat einer proletarischen Kultur laufe hingegen auf einen »Cliquen-Hochmut« hinaus (S. 69).

Trotzki hieß indes Literatur mit modernistischer Tendenz nicht per se gut. So habe der Futurismus trotz seines stürmisch oppositionellen Charakters keinen festen Kern; er habe sich »als arabesker Seitentrieb der bürgerlichen Kunst« gerade in rückständigen Ländern wie Italien und Rußland herausgebildet. Ihre bilderstürmerischen Tendenzen würden die Futuristen aber letztlich zu Parteigängern der Reaktion werden lassen; Trotzki zitierte Antonio Gramsci zur Bestätigung seiner Ansicht (S. 171f.).

»Die kulturpolitische Diskussion 1923/24 um die Rolle der Partei in Fragen der Kunst war in der Geschichte der SU für Jahrzehnte die letzte, die noch den Namen Diskussion verdient« (S. 182). Dieser Feststellung der Autorin Ranc ist ohne weiteres beizupflichten. Mit Trotzki's Ausschaltung aus dem politischen Leben der Sowjetunion wurden auch seine Ansichten über Kunst und Literatur als feindlich verdammt und dem Vergessen anheimgegeben. Auch im Westen blieb diese Seite von Trotzki's Leben und Werk ein Randthema der Forschung und Debatte. Dabei verdient gerade seine wichtigste Äußerung, die er zusammen mit André Breton über die Freiheit der Kunst traf, volle Zustimmung. Ohne Wenn und Aber hielten Trotzki und Breton jeglicher Parteivormundschaft ihren, wie sie betonten, »entschiedenen Willen in der Formel entgegen: jegliche Freiheit in der Kunst« (S. 193).

MARIO KESSLER

Siegfried Lamnek, Gaby Olbrich,
Wolfgang J. Schäfer:
Tatort Sozialstaat: Schwarzarbeit,
Leistungsmissbrauch,
Steuerhinterziehung und ihre
(Hinter)Gründe,
Leske + Budrich Opladen 2000,
356 S. (48 DM)

Der heute von der Unternehmenseite hart angefeindete, von den Gewerkschaften zäh verteidigte und von der (auch der sozialdemokratischen) Politik zum »Umbau« freigegebene Sozialstaat erweist sich zunehmend mehr als eine Errungenschaft auf Zeit, die nicht zuletzt einer spezifischen Nachkriegskonstellation geschuldet war. Neben dem vermeintlich übermächtigen Veränderungsdruck, der von Deregulierung und Globalisierung ausgeht, entspringt eine weitere Bedrohung jedoch scheinbar den inzwischen weitverbreiteten »schädlichen Verhaltensweisen« der Sozialstaatsnutznießer selbst: Schwarzarbeit und Leistungsbetrug unterminieren zusätzlich die ohnehin an vielen Stellen bereits bedenklich beschädigte Festung Sozialstaat.

Auch wenn dies auf den ersten Blick durchaus plausibel klingt, ist die Schädlichkeit der sogenannten Sozialkriminalität keineswegs unumstritten – denn das in der Schattenwirtschaft ausgereichte Geld kauft auch eine Vielzahl von Leistungen und Produkten, an denen der Staat via Mehrwert-, Tabak-, Alkohol- und ehemaligen, aber immer noch erhobenen Kolonialsteuern (auf Tee und Kaffee) erheblich mit verdient, und es sichert via Nachfrage Arbeitsplätze. So hat die jüngst im Wirtschaftsmagazin *Focus-Money* vertretene These einiges für sich, daß ohne Schattenwirtschaft das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 nicht um 3,0 sondern nur um 2,3 Prozent wachsen würde.

Solcher Art Überlegungen kommen der Autorin und den Autoren des hier zur Rede stehenden Buches nicht – jedenfalls nicht ernsthaft, bis auf einen sparsamen Hinweis (S. 41, Fußnote 7) bleibt ihre Wahrnehmung kriminalitätsfixiert. Deshalb wird die Frage, ob es sich bei den untersuchten »Hauptdelikten« (Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Miß-

- 1 Hans Mayer: Außenseiter, Frankfurt a. M. 1977, S. 425, 432.
- 2 Der »Mopskopf« bezog sich auf das von Thomas Theodor Heine entworfene Signet des »Simplicissimus«, die Bulldogge.
- 3 Leo Trotzki: Literatur und Revolution, Neuausg. München 1972, S. 376. Dieses Zitat findet sich nicht im Buch von J. Ranc.

brauch von Arbeitslosengeld und -hilfe sowie von Sozialhilfe) um ›einfache‹ Sozialabweichungen oder um Verbrechen handelt, auch nur pro forma nicht klar beantwortet (vgl. S. 41ff.). Die Diktion des Buches, in dem durchweg von »Tätern« gesprochen wird, läßt nämlich wenig Zweifel am Standpunkt der Verfasser. Daß diese sogar das Ausnutzen von (möglicherweise politisch gewollten) Unschärfen in der Gesetzgebung als »Sozialmißbrauch« qualifizieren, zeugt zudem von einer besonders veredelten Form gehobenen staatsbürgerlichen Bewußtseins (vgl. S. 23, 297).

Lamnek, Olbrich und Schäfer präsentieren in ihrem Buch die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das sich mit den subjektiven Motiven und strukturellen Ursachen von abweichendem Sozialverhalten (»sozialer Devianz«) befaßt hat. Durchgeführt werden sollte »eine ganzheitliche, auch lebensweltliche Analyse von Verhaltensweisen, wie Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und nicht legaler Inanspruchnahme staatlicher Hilfsleistungen« (S. 27), die jedoch bemerkenswerterweise auf Privatpersonen beziehungsweise -haushalte beschränkt bleibt. Der Unternehmenssektor – in dem soziale Devianz als Element der Gewinnsteigerung eine wesentliche Rolle spielt – bleibt weitestgehend ausgeklammert. Der vorgelegte Forschungsbericht dokumentiert (soweit die bedenkliche Fixierung auf private Personen wie Haushalte akzeptiert wird) sowohl das handwerklich solide Herangehen der Autoren als auch die Details ihrer Ergebnisse, die wiederum die Basis für weiterführende Generalisierungen darstellen. Die zutage geförderten Befunde überraschen angesichts dessen, daß die herrschende Gesellschaftsform als kapitalistische Geldwirtschaft verstanden werden muß, indessen kaum. Denn es geht vor allem um Geld: »Das vorrangige Ziel abweichenden Verhaltens im Kontext des Steuer- und Sozialversicherungssystems ist die Erweiterung des eigenen finanziellen Handlungsspielraumes« (S. 314). Ferner geht es um die Sicherung eines erworbenen sozialen Status, der nicht selten durch die inzwischen weitverbreitete Zerrüttung des ›Normalarbeitsverhältnisses‹ massiv bedroht ist (vgl. S. 160 passim). Anders gesagt, die ›Amerikanisierung der

Verhältnisse«, vor allem gekennzeichnet durch die Vereinigung einer Vielzahl von (Niedrig)Einkommensquellen auf eine Person (die trotzdem aus ihrer Einkommenskalamität nicht entkommen kann), wird hier auch dadurch auffällig, daß sie gezwungen ist, gegen geltende rechtliche Regelungen zu verstoßen. Drittens schließlich geht es auch um eine Art ›sozialer Revanche‹ gegenüber den Prominenten dieser Gesellschaft, die sich offenbar ungestraft auf illegale Weise durch Steuerhinterziehung und Privilegienmißbrauch bereichern (vgl. 266, 272). »Die negativen Vorbilder, also z.B. Personen des öffentlichen Lebens, die sich sozial deviant verhalten, motivieren deviantes Handeln Anderer vor allem dann, wenn diese Anderen den Eindruck haben, schlechter gestellt zu sein und sie befürchten, diese soziale Ungleichheit werde durch die negativen Vorbilder auf unrechtmäßige Art und Weise weiter fortgeschrieben und vergrößert« (S. 316).

Während im Westen der Republik die Unterscheidung zwischen Bagatel- beziehungsweise Kavaliersdelikten (Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung) und als besonders illegitim geltenden Verhaltensweisen (Mißbrauch von Sozialleistungen) tief im Alltagsbewußtsein verankert scheint, sind die Wahrnehmungsmuster im Osten davon merklich verschieden. Die von den Autoren identifizierte Ost-Besonderheit, wird von ihnen sogar als »eigene Rechtsauffassung der Ostdeutschen« (S. 145 passim) qualifiziert. Denn der scheinbar niedrigere Verbreitungsgrad sozialer Devianz in den Neuen Bundesländern (außer beim ›Schwarzfahren‹) rührt nach Ansicht der Verfasser daher, daß im deutschen Osten »die Handlungen, die ein Westdeutscher eher als Delikte definieren würde, seltener so bezeichnet werden« (S. 159). Mit anderen Worten, was bei den Verfassern als ›Überschuß‹ an staatsbürgerlichem Bewußtsein erkennbar wird, erscheint beim ›Ossi‹ umgekehrt als Mangel an Schuldgefühl.

Allerdings ist es in der bundesdeutschen Republik gar nicht so leicht, unbescholten durch die Wirrnisse des sozialen Sicherungssystems zu kommen. Denn die Vielzahl der größtenteils höchst komplizierten (Ver)Regelungen führt schnell dazu, daß »ein Empfänger staatliche Leistungen (missbraucht) ...

ohne dies zu bemerken« (S. 23). »Man gewinnt fast den Eindruck, man laufe immer Gefahr, sich irgendeiner Devianz schuldig machen zu müssen« (S. 26). Dazu kommt, daß die in diesem undurchsichtigen Regelungswirrwarr erlassenen Entscheidungen der Sozialbürokratie nicht selten als Willkürakte beziehungsweise als »staatliche Pflichtverletzungen« empfunden werden, die wiederum Verstöße gegen die Sozialgesetzgebung als eine Art Notwehr erscheinen lassen (vgl. S. 39). Dies gilt insbesondere für jene Aktivitäten, die – wie Schwarzarbeit – noch mit der Aura besonderer Leistungsbereitschaft oder besonderer Cleverness – zum Beispiel bei Steuerhinterziehung – faktisch positiv besetzt sind. Während der Mißbrauch von Sozialleistungen schon wesentlich kritischer beurteilt wird, empört sich das »Volksempfinden« besonders dort, wo Leistungen bezogen werden, ohne vorher in das Sozialsystem »eingezahlt« zu haben (vgl. S. 325). Da Spätaussiedler oder Asylbewerber aber zu jenen Gehören, denen staatliche Hilfen zuteil werden, ohne daß diese Bevölkerungsgruppen vorher Beiträge geleistet beziehungsweise hinreichend lange Steuern gezahlt hätten, richtet sich die Ablehnung großer Bevölkerungsteile gerade gegen diese Gruppen. Hier handelt es sich demnach weniger um Ausländerfeindlichkeit als vielmehr um »Sozialneid« (S. 304). »Darüber hinaus handelt es sich evtl. aber auch um Legitimationsversuche des eigenen devianten Handelns, wenn unsere Akteure über die als ungerecht empfundenen Leistungsgewährungen für Ausländer sprachen« (S. 304/305).

So aufschlußreich sich die genannten, durchaus bemerkenswerten Befunde auch darstellen, so konsequent verweigern sich die Autorin und die Autoren der weiteren Ausdeutung jener Erkenntnisse, die einen Zusammenhang zwischen den »Prinzipien der Marktwirtschaft« und der weiter um sich greifenden »Priorisierung eigener Interessen und des eigenen Gewissens gegen über Regeln und Normen« (S. 336) erkennbar werden lassen. Daß die Unternehmen (als wichtige Nachfrager von Schwarzarbeit) die eigentlichen Gewinner sind (vgl. S. 107f, 116 passim), wird gerade noch konstatiert, aber in seinen Folgen nirgends thematisiert. Uns so bleibt auch verborgen, daß das sogenannte Lohnabstand-

gebot, das die hinreichende Niedrigkeit von Sozialleistungen legitimieren soll, nicht zuletzt dafür sorgt, daß die industrielle Reservearmee an bereitwilligen Schwarzarbeitern groß genug bleibt.

Auf jeden Fall verdeutlicht die vorliegende Studie, daß der »homo oeconomicus« bei seinem gesellschaftlichen Durchmarsch inzwischen auch die Stammtische erreicht hat. Die allgemeine soziale Entsicherung und die Ungewißheit über Höhe und Zugangsbedingungen zukünftiger Sozialtransfers (insbesondere in bezug auf die Höhe von Arbeitslosengeld und Rente) entfesseln offenbar (marktwirtschaftlich durchaus legitimierte) Bereicherungsinstinkte. Die »Tendenz zur Entsolidarisierung« (S. 299) sprengt zunehmend die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen. Was als »wachsende Staatsverdrossenheit« (S. 311) und »Entformalisierung« (S. 301) der Gesellschaft beziehungsweise als »Informelle Ökonomie« (S. 329) erscheint, muß aber wahrscheinlich in erster Linie als *Neuformierung einer Gesellschaft jenseits des Sozialstaats der Nachkriegsära* begriffen werden. Angesichts des weiteren (und von den Verfassern nicht problematisierten) Voranschreitens der Vermarktwirtschaftlichung immer neuer gesellschaftlicher Sphären mutet der Ruf nach »einer Fortentwicklung des Rechts« (S. 338) als Mittel zur Rettung des sozialstaatlichen status quo letztlich genauso ratlos wie hilflos an.

ARNDT HOPFMANN